



Zur Situation in Venezuela und der Forderung eines Stopps der Abschiebungen venezolanischer Staatsangehöriger

Anhang A

Bericht über die aktuelle Situation in Venezuela

Zum besseren Verständnis der Menschenrechtsverletzungen in Venezuela muss hervorgehoben werden, dass es sich um eine kontinuierliche Repression handelt. Es kommt immer wieder zu willkürlichen Verhaftungen, Folter und außergerichtlichen Hinrichtungen von Personen, die das autokratische Regime von Nicolás Maduro kritisieren und ablehnen. Laut dem jüngsten Bericht der Unabhängigen Untersuchungskommission der Vereinten Nationen vom September 2023 kommt es in Venezuela weiterhin zu Menschenrechtsverletzungen, und die gezielten Angriffe auf den zivilen und demokratischen Raum haben sich durch staatliche Maßnahmen verstärkt, die darauf abzielen, diejenigen zum Schweigen zu bringen, deren Meinung von jener der Regierung von Nicolás Maduro abweicht¹. Venezuela ist derzeit das einzige Land in Lateinamerika, gegen das der Internationale Strafgerichtshof wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit ermittelt². Gegenwärtig gibt es 261 politische Gefangene in Venezuela³.

Nach Alerta Venezuela haben sich in den letzten zehn Jahren bewaffnete Gruppen wie Paramilitärs, große kriminelle Banden und irreguläre Gruppen kolumbianischen Ursprungs ausgebreitet, die mit der Komplizenschaft der venezolanischen Zivil- und Militärbehörden operieren. Diese Gruppen bewirkten einen Anstieg der Menschenrechtsverletzungen unter anderem durch Menschenhandel und Schmuggel, sexuelle Ausbeutung, Zwangsarbeit sowie das Verschwindenlassen von Personen⁴. Nach Angaben der Plattform HumVenezuela haben Aktivitäten dieser Gruppen bis zur Jahresmitte 2023 erheblich zugenommen⁵.

Erschwerend kommen die starke sozioökonomische Instabilität, die hohe Inflation, die Abwertung der Landeswährung und die Dollarisierung der Verkaufspreise von Produkten und Dienstleistungen in Venezuela hinzu. Der monatliche Mindestlohn in Venezuela beträgt gegenwärtig 130 Bolivares, was nach dem offiziellen Wechselkurs 3,7 US-Dollar entspricht. Das bedeutet, dass 133 Mindestlöhne pro Monat verdient werden müssten, um den Basiswarenkorb an Lebensmitteln für eine fünfköpfige Familie zu

¹ UN-Menschenrechtskommissariat, 20.09.2023 (a.a.O.).

² Tagesschau, 04.11.2021: *Strafgerichtshof ermittelt gegen Venezuela*. Link: <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/venezuela-internationaler-straferichtshof-ermittlungen-101.html> (letzter Aufruf: 22.01.2024).

³ Nach tagesaktuellen Angaben der NGO Foro Penal. Link: <https://foropenal.com/> (letzter Aufruf: 15.02.2014).

⁴ Alerta Venezuela, 21.06.2023: *Una tragedia ignorada. La afectación humanitaria y de derechos humanos por parte de grupos armados irregulares en Venezuela*. Link: <https://alertavenezuela.org/blog/2023/06/21/una-tragedia-ignorada-la-afectacion-humanitaria-y-de-derechos-humanos-por-parte-de-grupos-armados-irregulares-en-venezuela/> (letzter Aufruf: 22.01.2024).

⁵ HumVenezuela, 2023: *Diagnósticos comunitarios, julio-agosto 2023*. Link: <https://humvenezuela.com/wp-content/uploads/2023/10/HumVenezuela-Diagnosticos-comunitarios-Agosto-2023.pdf> (letzter Aufruf: 22.01.2024).



bezahlen, der sich im September 2023 auf 495,54 Dollar belief⁶. Nach Angaben von Susana Raffalli im Rahmen des Forums „Fondo de Protección Social“ am 25. Juli 2023, sind 4,8 Millionen Menschen in Venezuela von mäßiger und schwerer Ernährungsunsicherheit betroffen, weitere 9 Millionen sind von Ernährungsunsicherheit bedroht. Darüber hinaus leiden zwischen neun und zwölf Prozent der venezolanischen Kinder im Alter von null bis fünf Jahren, insgesamt 450.000 Kinder, an akuter Unterernährung, während weitere 600.000 Kinder unter Mangelernährung leiden⁷. Diese Faktoren, eine der weltweit höchsten Inflationsraten und der niedrigste Mindestlohn des Kontinents haben unter befragten Venezolanerinnen und Venezolanern die Absicht, die Heimat zu verlassen, von acht Prozent im März 2022 auf 13,1 Prozent im August 2023 erhöht⁸.

Was den Zugang zu Gesundheitsdiensten angeht, so stieg laut HumVenezuela⁹ zwischen 2021 und 2023 der Anteil der Bevölkerung ohne Zugang zu einer privaten oder öffentlichen Krankenversicherung zur Deckung der Gesundheitskosten von 91,6 auf 97,6 Prozent. Zwischen 2021 und 2023 ging die Inanspruchnahme öffentlicher Gesundheitszentren zurück, und der Anteil der Bevölkerung, der beim Besuch öffentlicher Gesundheitszentren nicht die Leistungen erhält, die er für seine gesundheitlichen Probleme oder Bedürfnisse benötigt, stieg zwischen Juni 2021 und August 2023 von 65,5 auf 72,4 Prozent. 82,2 Prozent der öffentlichen Gesundheitszentren weisen strukturelle und funktionelle Mängel auf, die in Verbindung mit der hohen Armutsquote für 35,5 Prozent der Menschen mit schweren Gesundheitsproblemen eine Behandlung unmöglich machen. Weiterhin haben 32,7 Prozent der Bevölkerung keinen Zugang zu Medikamenten.

Im Hinblick auf den Zugang zu Bildung lässt sich feststellen, dass mindestens 26,7 Prozent aller Kinder nicht zur Schule gehen. 6,2 Prozent haben den Schulbesuch abgebrochen und 20,5 Prozent haben nie eine Schule besucht. In der Altersgruppe der drei- bis siebzehnjährigen stieg die Zahl der Schulverweigerer zwischen März 2022 und August 2023 von 16,8 auf 18,0 Prozent, hinzu kamen 7,2 Prozent, die die Schule abbrachen und 10,8 Prozent, die nie eine Schule besuchten.¹⁰

Der Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen in Venezuela verschlechtert sich weiter. Zwischen Juni 2021 und August 2023 stieg der Anteil der Haushalte ohne regelmäßigen Zugang zu Wasser von 69,1 auf 74,5 Prozent. Häufige und längere Unterbrechungen der Stromversorgung stiegen zwischen Juni 2021 und August 2023 von 26,4 auf 58,6 Prozent, und Haushalte ohne Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln

⁶ Federación Venezolana de Maestros, 20.10.2023: *Canasta alimentaria familiar septiembre 2023*. Link: <https://fvmaestros.org/caf-septiembre-2023/> (letzter Aufruf: 22.01.2024).

⁷ Deutsche Welle, 06.09.2023: *Venezuela: la mayor tasa mundial de inflación en alimentos*. Link: <https://www.dw.com/es/venezuela-con-la-mayor-tasa-mundial-de-inflaci%C3%B3n-en-alimentos/a-66738187> (letzter Aufruf: 22.01.2024).

⁸ Alerta Venezuela, 22.11.2023: *País seguro: el nuevo invento para justificar las deportaciones a Venezuela*. Link: <https://alertavenezuela.org/blog/2023/11/22/pais-seguro-el-nuevo-invento-para-justificar-las-deportaciones-a-venezuela/> (letzter Aufruf: 22.01.2024).

⁹ HumVenezuela, 2023 (a.a.O.).

¹⁰ HumVenezuela, 2023 (a.a.O.).



stiegen zwischen März 2022 und August 2023 von 17,1 auf 28,1 Prozent. Darüber hinaus gab es zwischen 2021 und 2023 einen Anstieg der schwerwiegenden Internetausfälle von 9,2 auf 26,6 Prozent¹¹.

Ein Beispiel für die Gefahren, denen Venezolaner bei einer Abschiebung nach Venezuela ausgesetzt sind, ist die freiwillige Rückkehr von 155 venezolanischen Erwachsenen und 25 Kindern am 16. November 2023 aus Island. Lokalen und internationalen Presseberichten zufolge wurden diese Menschen willkürlich inhaftiert, wobei man ihnen Habseligkeiten wie Ausweispapiere und Pässe vorenthielt. Bevor sie in ein Haftzentrum namens Negra Hipólita gebracht wurden, wurden sie gezwungen, eine Blankounterschrift zu leisten, ihre Fingerabdrücke abzugeben und sich durchsuchen zu lassen, um sie anschließend wegen des angeblichen Verbrechens des Vaterlandsverrats ihrer Freiheit zu berauben¹². Vorübergehender Freiheitsentzug ist zu einer gängigen Praxis geworden, die bei Abgeschobenen und Rückkehrenden zu Unsicherheit und Verzweiflung führt, und die allgemeine Unsicherheit in Venezuela stellt ein erhebliches Risiko für die persönliche Sicherheit von Abgeschobenen und Rückkehrenden dar, die Drohungen und Gewalt ausgesetzt sein können. Darüber hinaus wurde im Dezember 2023 Leutnant Pedro Naranjo, der aus dem venezolanischen Militär desertiert war und in den Vereinigten Staaten Asyl beantragt hatte, von dort abgeschoben und später durch venezolanische Behörden inhaftiert¹³. Diese Situation wirft schwerwiegende moralische und rechtliche Fragen auf. Das Fehlen eines transparenten Gerichtsverfahrens und das Fehlen von Garantien für ein ordnungsgemäßes Verfahren tragen zur Verletzung der Grundrechte bei. Die den Abgeschobenen auferlegten Bedingungen, wie die Unterzeichnung von Erklärungen, schränken ihre Möglichkeiten zur sozialen Wiedereingliederung und Selbstentfaltung ein.

Darüber hinaus haben sich mehrere internationale Organisationen¹⁴ gegen die anhaltenden Bemühungen des venezolanischen Regimes ausgesprochen, die Verabschiedung des Gesetzentwurfs über die Besteuerung, Legalisierung, Leistung und Finanzierung von Nichtregierungsorganisationen und verwandten Organisationen wieder aufzunehmen und voranzutreiben. Dieser Gesetzentwurf wurde von der Regierungspartei am 24. Januar 2023 in der Nationalversammlung eingebracht und zunächst angenommen. „Sollte dieses Gesetz in Kraft treten, würde es die Vereinigungsfreiheit und die freie und unabhängige Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen ernsthaft behindern, da sie verpflichtet wären, eine staatliche Genehmigung für ihre Tätigkeit einzuholen und jegliche ausländische Finanzierung offenzulegen. Die vage und zweideutige Formulierung des aktuellen Gesetzentwurfs lässt eine verstärkte Verfolgung von Menschenrechtsverteidigern befürchten, mit möglichen Geldstrafen, Aufhebung der Registrierung und sogar strafrechtlichen Anklagen.“

¹¹ HumVenezuela, 2023 (a.a.O.).

¹² El Pitazo, 19.11.2023 (a.a.O.); El Nacional, 19.11.2023: *Venezolanos en Islandia protestaron en contra de las deportaciones*. Link: <https://www.elnacional.com/mundo/venezolanos-en-islandia-protestaron-en-contra-de-las-deportaciones/> (letzter Aufruf: 22.01.2024).

¹³ El Mundo, 22.12.2023: *La tragedia del joven teniente Naranjo: de desertar y pedir asilo en EEUU a ser entregado a Maduro y encarcelado en Ramo Verde*. Link: <https://amp.elmundo.es/internacional/2023/12/22/6585d52821efa0a7518b456d.html?s=09> (letzter Aufruf: 22.01.2024).

¹⁴ WOLA, 17.01.2024: *International Organizations Express Concern Over Revived Legislation Aiming to Criminalize and Obstruct Civil Society Work in Venezuela*. <https://www.wola.org/2024/01/international-organizations-express-concern-revived-legislation-criminalize-civil-society-work-venezuela/> (letzter Aufruf: 22.01.2024).



Schließlich bestätigte der Oberste Gerichtshof Venezuelas am 27. Januar 2024 die Disqualifizierung der oppositionellen Präsidentschaftskandidatin María Corina Machado. Machado war bei den Vorwahlen im Oktober 2023 als Kandidatin der Opposition gewählt worden. Diese Maßnahme ist ein neuerliches Zeichen für die Schließung des demokratischen Raums in Venezuela. Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS)¹⁵ und die Europäische Union¹⁶ haben sich bereits gegen diese Maßnahme ausgesprochen.

Weitere Details zu einigen der hier beschriebenen Menschenrechtsverletzungen in Venezuela finden sich auch in den „Briefing Notes Zusammenfassung“ des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge Venezuela I/2023 und Venezuela II/2023.¹⁷

¹⁵ Organization of American States (OAS), 28.01.2024: Statement from the OAS General Secretariat on Recent Events in Venezuela. https://www.oas.org/en/media_center/press_release.asp?sCodigo=E-003/24 (letzter Aufruf: 29.01.2024).

¹⁶ European Union, 29.01.2024: Venezuela: Statement by the Spokesperson on banning opposition politicians. https://www.eeas.europa.eu/eeas/venezuela-statement-spokesperson-banning-opposition-politicians_en (letzter Aufruf: 29.01.2024).

¹⁷ BAMF, 30.06.2023: Briefing Notes Zusammenfassung Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration Venezuela – Januar bis Juni 2023.

<https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Behoerde/Informationszentrum/BriefingNotes/2023/Zusammenfassungen/briefingnotes-zf-hj-1-2023-venezuela.html> (letzter Aufruf: 22.01.2024).

BAMF, 31.12.2023: Briefing Notes Zusammenfassung Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration Venezuela – Juli bis Dezember 2023.

https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Behoerde/Informationszentrum/BriefingNotes/2023/Zusammenfassungen/briefingnotes-zf-hj-2-2023-venezuela.pdf?__blob=publicationFile&v=3 (letzter Aufruf: 22.01.2024).